DAS LAND VOR DER WAHL

Erregungsrepublik Deutschland

VON ALEXANDER WILL



Die Bundesrepublik ist keine Großmacht wie das Kaiserreich, aber Deutschland ist wieder nervös. Seine Bewohner pflegen eine Kultur der Erregung: Da wird sich über Dinge erregt, die der Erregung kaum wert sind, während Verhältnisse, die zur Erregung Anlass gäben, hingenommen werden.

Olaf Scholz – der ganz gewiss kein Rassist ist – sah sich mit Erregung konfrontiert, als er den Berliner Kultursenator auf einer Geburtstagsfeier hart anging. Er bekam den identitätspolitischen Furor zu spüren, dessen sich seine eigene Partei nur allzu häufig selbst bedient. Man stelle sich nur vor, Friedrich Merz wäre an Scholz' Stelle gewesen. In der wirklichen Welt ist es weniger der Erregung wert, dass Scholz einen Politiker mit afrikanischen Vorfahren anging, sondern eher, dass der Bundeskanzler – aus welchen Gründen auch immer – offenbar ausgetickt ist, alle Beherrschung verlor und sich durch dieses Verhalten letztlich für sein Amt disqualifizierte.

Wo Erregung ebenso angebracht wäre, ist die Tatsache, dass Einwanderung über die Asyl-Schiene zum tödlichen Problem geworden ist. Betonpoller, um Versuche zu verhindern, so viele Leute wie möglich umzubringen, hat es in den 80er Jahren nicht gegeben. Unsere Lebensart hat sich drastisch verändert, obwohl Politiker genau das Gegenteil versprachen. Tatsache ist, dass Menschen noch leben würden und anderen lebensverändernde Verletzungen erspart geblieben wären, wenn die Täter von München, Magdeburg, Aschaffenburg oder Mannheim nicht im Land gewesen wären. Diese Kosten des deutschen Asyl-Systems erregen nur wenige.

Stattdessen ist in Deutschland die Erregung über diejenigen groß, die infrage stellen, dass der Staat Einwanderung im Griff hat und Korrekturen fordern. Da offenbart sich eine Art Stockholmsyndrom: Auf der wenige Stunden nach dem Anschlag in München stattfindenden Demonstration gegen "Rechts" beklagte ein Redner, "Schutzsuchende" würden "hier oft jahrelang unter beengten Bedingungen (...) leben, ohne ausreichende Unterstützung und mit viel Ausgrenzung. Und dann wundert man sich, dass es irgendwann zu Problemen kommt." Im Klartext: "Die schon länger hier sind" haben selbst schuld, wenn sie totgefahren- oder gestochen werden.

Auch die Erregung von SPD und Grünen über das Ansinnen der Union, Abhilfe zu schaffen, fällt in diese Kategorie. Bloß nicht zugeben, dass etwas schiefläuft. Bloß nicht zugeben, dass die "Open Border"-Ideologie dem Land schadet. Bloß nicht zugeben, dass Maßnahmen, wie die Verschärfung des Waffengesetzes, nur Placebos sind, die zudem rechtstreue Bürger kujonieren. SPD und Grüne wären dagegen selbst aller Erregung wert, ließen sie doch in fast vier Jahren Regierungszeit die Dinge laufen und verweigern sich nun selbst noch dem Versuch einer Kurskorrektur in letzter Minute.

Ja, dieses nervöse Land in der Mitte Europas erregt sich offenkundig gern, doch in der Regel kaum dort, wo es angebracht wäre – und in aller Regel auch noch folgenlos.

@ Den Autor erreichen Sie unter Will@infoautor.de